

SPD-Stadtratsfraktion Augsburg · Rathausplatz 2 · 86150 Augsburg

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Kurt Gribl
Rathausplatz 1

86150 Augsburg

Augsburg, den 13.11.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgenden

Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem nächsten Ausschuss für Organisation, Personal, Migration und Interkultur, einmal im Jahr umfassend über das Betriebliche Eingliederungsmanagement bei der Stadtverwaltung Augsburg zu berichten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt in diesem Ausschuss aufzuzeigen, welche Maßnahmen ergriffen werden, damit das Betriebliche Eingliederungsmanagement handlungsfähig und damit erfolgreich bleibt
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ggf. notwendige Beschlüsse für den Ausschuss für Organisation, Personal, Migration und Interkultur vorzubereiten

Begründung:

Bei der Stadt Augsburg gibt es seit 2007 eine Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement. Das Betriebliche Eingliederungsmanagement ist auch gesetzlich verankert in § 84 Absatz 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX). Dort ist festgelegt, dass ein Arbeitgeber, auch öffentliche Arbeitgeber, alle Beschäftigten, die innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig sind, ein Betriebliches Eingliederungsmanagement anzubieten hat. Das bedeutet, dass der Arbeitgeber klären muss, wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden werden und mit welchen Leistungen oder Hilfen erneuter Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann.

Das bei der Stadt Augsburg eingeführte Verfahren, wird von dem betroffenen Personenkreis stark in Anspruch genommen. Der Altersdurchschnitt der städtischen Beschäftigten liegt bei über 46 Jahren, Tendenz steigend. Dadurch steigt zwangsläufig auch die Krankheitsquote der Belegschaft an.

Nach unserem Informationsstand hat das Betriebliche Eingliederungsmanagement der Stadt Augsburg bisher sehr erfolgreich gearbeitet und entsprechende Maßnahmen für den betroffenen Personenkreis umgesetzt. Was nicht zuletzt auch der Stadt Augsburg von großem Vorteil ist. Jedoch wird auf Grund der vielen Fälle, eine Durchführung eines erfolgreichen Betrieblichen Eingliederungsmanagement, erheblich schwieriger. Das heißt, dass es zunehmend problematischer wird, für die betroffenen Personen leidensgerechte Arbeitsplätze zu finden. Dies führt dazu, dass die Ämter und Betriebe, zunehmend Schwierigkeiten haben ihre originären Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Augsburg zu erfüllen.

Aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion müssen deshalb alle Schritte unternommen werden, damit das Betriebliche Eingliederungsmanagement weiterhin erfolgreich, für die arbeitsunfähigen Beschäftigten und damit auch für die Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Dienstbetriebes, tätig sein kann.

Mit freundlichen Grüßen



Margarete Heinrich
Fraktionsvorsitzende

gez.

Sieglinde Wisniewski
Stadträtin

gez.

Dr. Florian Freund
Stadtrat

gez.

Angela Steinecker
Stadträtin